

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX

## Erster Teil Allgemeine Grundsätze des Statutenwechsels

<b>§ 1. Der Begriff des Statutenwechsels .....</b>	<b>3</b>
I. Das Problem .....	3
II. Einfluß der Rückverweisung .....	3
1. Grundsatz .....	4
2. Beispiele .....	4
3. Ergebnis .....	5
III. Interlokaler Statutenwechsel .....	5
1. Problem .....	5
2. Lösung .....	6
IV. Bedeutung des Statutenwechsels im internationalen Erbrecht .....	6
1. Zeitliche Fixierung der Anknüpfung .....	6
2. Erbrechtliche Rechtsgeschäfte .....	6
3. Rechtsgeschäfte unter Lebenden .....	7
4. Nacherbfolge .....	7
V. Statutenwechsel im engeren und weiteren Sinne. Terminologie .....	7
<b>§ 2. Statutenwechsel im weiteren Sinne .....</b>	<b>9</b>
I. Überblick .....	9
1. Wechsel der materiell maßgebenden Rechtsordnung .....	9
2. Wechsel des Forums .....	9
II. Wechsel des materiell maßgebenden fremden Rechts .....	10
1. Bedeutung .....	10
2. Lösungen .....	10
III. Wechsel der Kollisionsnormen .....	11
1. Das Problem .....	11
2. Eigenart dieses Normenkonflikts .....	12
a) Aufeinanderfolge zweier Kollisionsnormen .....	12
b) Keine Änderung des Sachverhalts .....	12
3. Lösungen .....	12
a) Besonderes Übergangsrecht für das IPR? .....	12
aa) Rückwirkung neuen Kollisionsrechts .....	13
bb) Eingeschränkte Rückwirkung neuen Kollisionsrechts .....	13
b) Analoge Anwendung der Regeln des internen Übergangsrechts ..	14
aa) Inkrafttreten des BGB und des EGBGB .....	14
bb) Allgemeine Regeln des intertemporalen Rechts .....	14

4. Rückwirkung der internationalprivatrechtlichen Flüchtlingsgesetzgebung?	14
a) Begründung dieser Rückwirkung	15
b) Konsequenzen dieser Rückwirkung	16
aa) Das IPR als Verhaltensnorm	16
bb) Praktische Beispiele	16
cc) Unnütze Kumulierung zweier Rechtsordnungen	17
c) Ablehnung der Rückwirkung	17
IV. Wechsel der Gebietszugehörigkeit	18
1. Das Problem	18
a) Gesamt- und Teilnachfolge	18
b) Besondere Situation Deutschlands im Jahre 1945	18
2. Wechsel der Staatsangehörigkeit als Folge des Gebietswechsels	18
a) Anknüpfung an den Wohnsitz	19
b) Anknüpfung an die Staatsangehörigkeit	19
3. Intertemporaler Charakter des Annexionskonflikts	19
4. Ergebnis	20
V. Wechsel des Forums	20
1. Eigenart des Konflikts	20
2. Beziehung zum Statutenwechsel	21
3. Bedeutung für die internationale Entscheidungsharmonie	22
VI. Zusammentreffen des <i>conflict mobile</i> mit intertemporalen Varianten des Statutenwechsels	23
1. Isolierte Betrachtungsweise	23
2. Systematisierung	23
<b>§ 3. Räumliche und zeitliche Eigenart des Statutenwechsels</b>	24
<i>A. Die räumliche Komponente</i>	24
I. Individueller Wechsel der räumlichen Beziehung	24
1. Anknüpfungsmoment und räumliche Beziehung	24
2. Wechsel der räumlichen Beziehungen	25
a) Flüchtlingsbewegungen	25
b) Rechtliche Veränderung der Anknüpfungsmomente	25
II. Staatsangehörigkeit und räumliche Beziehung	25
1. Gesetzgeberische Einwirkungen auf die Staatsangehörigkeit	25
a) Gebietswechsel	26
b) Einzelstaatliche Gesetzgebung	26
aa) Ausbürgerungen	26
bb) Einbürgerungen	27
2. Staatsangehörigkeit und konkrete räumliche Beziehung	28
a) Vorliegen einer räumlichen Beziehung	28
b) Förmliche Zugehörigkeit zu einem Staatsverband	29
III. Vorwiegend räumlich bezogene Anknüpfungsmomente	29
1. Inhaltliche Änderungen des Anknüpfungsbegriffs	29
a) Bestimmung nach der <i>lex fori</i>	30
b) Bestimmung nach der <i>lex loci</i>	30
2. Abgeleiteter Wohnsitz und abgeleitetes <i>domicile</i>	30
a) Juristischer Wohnsitz	30
b) „domicile of origin“ und <i>domicile of choice</i>	31
c) Vorzüge und Nachteile des <i>domicile</i>	31

IV. Häufung von Anknüpfungsmomenten .....	31
<i>B. Die zeitliche Komponente .....</i>	<i>32</i>
I. Das zeitliche Moment in der Kollisionsnorm .....	32
1. Der maßgebliche Zeitpunkt .....	32
a) Zeitlich fixierte Anknüpfung .....	33
b) Wandelbare Anknüpfung .....	33
2. Parallele zum intertemporalen Recht .....	33
a) Aktionsmöglichkeiten des alten und des neuen Rechts .....	33
aa) Rückwirkung .....	34
bb) Sofortige Einwirkung des neuen Rechts .....	34
cc) Fortwirkung des alten Rechts .....	34
b) Aktionsmöglichkeiten des alten und neuen Statuts beim Statutenwechsel .....	34
aa) Zeitlich fixierte Anknüpfung .....	34
i. Rückwirkung .....	34
ii. Fortwirkung des alten Statuts .....	35
bb) Wandelbare Anknüpfung: Sofortige Einwirkung des neuen Statuts .....	35
II. Das zeitliche Element im Tatbestand .....	36
1. Scheitern der Lehren von den wohlverworbenen Rechten .....	36
2. Grundlage für eine vom Tatbestand ausgehende Lehre bei Savigny ..	37
3. Die Bedeutung des zeitlichen Elements im Tatbestand .....	37
a) Abgeschlossene Tatbestände .....	38
b) Unvollständige Tatbestände .....	38
c) Dauertatbestände .....	38
4. Begriffliche Grundlage .....	38
5. Notwendigkeit einer Interessenwertung .....	38
<b>§ 4. Ansatzpunkte für allgemeine Grundsätze zur Behandlung des Statutenwechsels .....</b>	<b>39</b>
I. Parallele zwischen Statutenwechsel und intertemporalem Recht .....	39
1. Ähnlichkeit der Problemstellung .....	39
2. Unterschiede .....	40
a) Keine Berücksichtigung des materiellen Gesetzeszwecks beim Statutenwechsel .....	40
b) Materielle Übergangsregeln .....	40
c) Gleichzeitige Geltung der beteiligten materiellen Rechtsordnungen .....	41
3. Vergleich der Interessenlage .....	42
a) Vertrauensschutzinteresse des Einzelnen .....	42
b) Interesse des Staates an der Wahrung der Rechtseinheit .....	43
II. Der Einfluß der räumlichen Komponente auf die Interessenlage beim Statutenwechsel .....	44
1. Parteiinteressen .....	44
2. Verkehrsinteressen .....	45
3. Ordnungsinteressen .....	45
a) Äußerer Entscheidungseinklang .....	45
b) Innerer Entscheidungseinklang .....	46
c) Ansehen der Rechtsordnung .....	47
4. Anwendung des besseren Rechts .....	48

a) Ausgangspunkt .....	48
b) Anwendungsfälle .....	48
c) Kritik .....	48
d) Ausnahmsweise Berücksichtigung .....	49
III. Zulässigkeit und Grenzen einer analogen Anwendung allgemeiner übergangsrechtlicher Grundsätze .....	49
1. Zulässigkeit der Analogie .....	49
2. Einfluß spezifisch internationalprivatrechtlicher Interessen .....	50
IV. Wichtige übergangsrechtliche Grundsätze .....	51
1. Einschränkung der Rückwirkung .....	51
2. Sofortige Einwirkung des neuen Rechts .....	52
a) Fristen .....	52
b) Mehrgliedrige Tatbestände .....	53
3. Fortwirkung des früheren Rechts .....	53
V. Arglistiger Statutenwechsel .....	54
1. Räumliche Komponente .....	54
2. Zeitliche Komponente .....	55
3. Interessenlage .....	55
4. Ergebnis .....	56
<b>§ 5. Praktische und methodische Folgerungen aus dem Vorrang     des neuen Statuts .....</b>	<b>57</b>
I. Ausgangspunkt .....	57
II. Argumente für die Berücksichtigung der Auffassung des neuen Statuts .....	57
1. Äußerer Entscheidungseinklang .....	57
2. Innerer Entscheidungseinklang .....	58
3. Notwendigkeit einer Lösung des Konflikts .....	58
III. Umfang der Beachtung des neuen Statuts .....	58
1. Beachtung der kollisionsrechtlichen Beurteilung des neuen Statuts ..	58
a) Reichsgericht vom 16. 5. 1931 .....	59
b) Kammergericht vom 10. 12. 1934 .....	59
c) Kammergericht vom 13. 1. 1925 .....	59
d) Cour de Cassation vom 9. 5. 1900 .....	59
e) Ontario Court of Appeal vom 4. 11. 1963 .....	60
f) Motive der angeführten Rechtsprechung .....	61
2. Systematische Begründung .....	61
a) <i>renvoi</i> .....	62
b) Übereinstimmung der beteiligten Kollisionsrechte .....	62
c) Superkollisionsrecht .....	63
d) Bildung einer kollisionsrechtlichen Sonderregel .....	65
3. Internationales Erbrecht .....	65
IV. Eingangsstatutenwechsel, Ausgangsstatutenwechsel und indifferenter Statutenwechsel .....	66
1. Methode .....	66
2. Ausgangs- und indifferenter Statutenwechsel .....	67
3. Vorbilder in der Lehre .....	69
a) Frankenstein .....	69
b) Raape .....	69
c) Neuhaus .....	70

## Zweiter Teil

### Die besonderen Erscheinungsformen des Statutenwechsels im internationalen Erbrecht

#### Erster Abschnitt. Statutenwechsel bei deutschem Erbstatut

<b>§ 6. Das Testament</b> .....	73
I. Die Errichtung des Testaments .....	73
1. Testamentsform .....	73
a) Das Haager Übereinkommen vom 5. 10. 1961 .....	73
b) Zweck des Übereinkommens .....	74
c) Heilung formnichtiger Testamente .....	75
d) Folgen eines Formverstößes .....	76
2. Testierfähigkeit .....	76
a) Maßgeblichkeit des Errichtungsstatuts .....	76
b) „validation“ durch das Erbstatut .....	77
c) Fortgeltung des alten Statuts .....	78
3. Stellvertretung .....	80
II. Inhaltliche Anforderungen und Wirkungen des Testaments .....	81
1. Willensmängel .....	81
2. Inhaltliche Erlaubtheit (Gesetz- und Sittenverstoß) .....	82
3. Testierfreiheit .....	83
4. Typenzwang .....	84
III. Aufhebung des Testaments .....	84
1. Grundsatz .....	84
2. Abgrenzung .....	85
IV. Auslegung .....	86
V. Nacherbfolge .....	86
1. Grundsatz .....	86
2. Anknüpfung an die Person des Vorerben? .....	86
3. Verhältnis zwischen Erbstatut und Sachstatut .....	87
<b>§ 7. Erbvertrag und gemeinschaftliches Testament</b> .....	89
<i>A. Der Erbvertrag</i> .....	89
I. Errichtung des Erbvertrages .....	89
1. Zulässigkeit und Bindung .....	89
a) Ausgangspunkt .....	89
b) Begründung für die Maßgeblichkeit des Errichtungsstatuts .....	90
c) Ausschluß der „validation“ .....	91
d) Bindung .....	92
2. Form .....	92
a) Keine Anwendung des Haager Testamentsübereinkommens .....	92
b) Erstreckung des Abkommens auf Erbverträge? .....	92
3. Fähigkeit .....	94
4. Übrige Gültigkeitserfordernisse .....	94
a) Stellvertretung .....	94
b) Willensmängel .....	95
aa) Herrschende Auffassung .....	95
bb) Stellungnahme .....	95

II. Inhaltliche Anforderungen und Wirkungen des Erbvertrages .....	95
1. Inhaltliche Erlaubtheit .....	95
2. Verfügungsfreiheit .....	96
a) Pflichtteilsrecht .....	96
b) Beschränkungen auf Grund persönlicher Eigenschaften des Bedachten .....	96
c) Spezielle Einschränkung der vertraglichen Verfügungsfreiheit ...	96
3. Konversion eines unwirksamen Erbvertrages .....	97
III. Aufhebung des Erbvertrages .....	98
1. Einseitige Aufhebung .....	98
2. Vertragliche Aufhebung .....	98
IV. Ergebnis .....	99
<i>B. Das gemeinschaftliche Testament</i> .....	99
I. Äußerlich gemeinschaftliche und wechselbezügliche Verfügungen von Todes wegen .....	99
1. Berechtigung der Unterscheidung .....	99
2. Die Behandlung nicht wechselbezoglicher gemeinschaftlicher Verfügungen .....	100
a) Form- und Inhaltsverbote .....	100
b) Regelung des Haager Übereinkommens vom 5. 10. 1961 .....	101
c) Anwendung der Grundsätze, die für das einseitige Testament gelten	101
II. Wechselbezügliche gemeinschaftliche Verfügungen .....	102
1. Zulässigkeit und bindende Wirkung .....	102
a) Ausgangspunkt .....	102
b) Bedürfnis nach sicherer Rechtsgrundlage .....	103
c) Beurteilung der Bindung nach dem Ortsrecht? .....	104
2. Form, Fähigkeit und übrige Gültigkeitserfordernisse .....	105
III. Inhaltliche Anforderungen und Wirkungen wechselbezoglicher Verfügungen .....	106
IV. Aufhebung und Widerruf wechselbezoglicher Verfügungen .....	107
1. Grundsatz .....	107
2. Einzelheiten .....	107
<b>§ 8. Erbrechtlich bedeutsame Rechtsgeschäfte unter Lebenden</b> .....	108
I. Der Erbverzicht .....	108
1. Grundsatz .....	108
a) Die herrschende Auffassung .....	108
b) Die Parallele zum Erbvertrag .....	109
c) Ergebnis .....	109
2. Einzelheiten .....	109
a) Gültigkeit der Errichtung .....	109
b) Wirkung .....	110
c) Aufhebung .....	110
II. Testierverträge („contracts to make a will“) .....	110
1. Ausgangspunkt .....	110
2. Der kollisionsrechtliche Grundsatz .....	111
a) Erbstatut .....	111
b) Errichtungsstatut .....	111

3. Eingreifen des deutschen <i>ordre public</i> .....	112
4. Wirkung der Testiervereinbarung .....	113
III. Die Schenkung von Todes wegen .....	114
1. Grundsatz .....	114
2. Statutenwechsel .....	115
3. Funktionelle Ähnlichkeit mit bindenden Verfügungen von Todes wegen .....	115
IV. Schenkung unter Lebenden .....	116
1. Ausgleichspflicht und Anrechnung auf den Pflichtteil .....	116
2. Pflichtteilergänzungsanspruch .....	116
V. Weitere erbrechtlich bedeutsame Rechtsgeschäfte unter Lebenden .....	117
<b>Zweiter Abschnitt</b>	
<b>§ 9. Statutenwechsel bei fremdem Erbstatut .....</b>	<b>118</b>
I. Vorbemerkung .....	118
1. Besonderheit gegenüber dem Eingangsstatutenwechsel .....	118
2. Notwendigkeit eines rechtsvergleichenden Überblicks .....	118
II. Das Testament .....	119
1. Österreich .....	119
2. Schweiz .....	120
3. Frankreich .....	120
4. Niederlande .....	120
5. Italien .....	121
6. Portugal .....	121
7. Tschechoslowakei .....	122
8. Großbritannien .....	122
9. USA .....	122
10. Schweden .....	123
III. Erbvertrag, gemeinschaftliches Testament und erbrechtlich bedeutsame Rechtsgeschäfte unter Lebenden .....	124
1. Österreich .....	124
2. Schweiz .....	124
3. Frankreich .....	125
4. Niederlande .....	126
5. Italien .....	127
6. Portugal .....	128
7. Tschechoslowakei .....	128
8. Großbritannien und USA .....	128
9. Schweden .....	129
IV. Ergebnis .....	130
1. Testament .....	130
a) Form .....	130
b) Testierfähigkeit .....	130
c) Willensmängel .....	130
2. Bindende Verfügungen von Todes wegen und erbrechtlich bedeutsame Rechtsgeschäfte unter Lebenden .....	131
a) Erbvertrag und gemeinschaftliches Testament .....	131
b) Besondere Problematik des gemeinschaftlichen Testaments .....	131
c) Weitere Sonderanknüpfungen .....	131

3. Vorschlag für eine Regelung des Statutenwechsels	
im internationalen Erbrecht .....	132
a) Testament .....	132
b) Bindende Verfügungen von Todes wegen .....	132

### Dritter Abschnitt

<b>§ 10. Statutenwechsel und Parteiautonomie im internationalen Erbrecht</b>	<b>133</b>
I. Der Meinungsstand .....	134
1. Argumente für die Parteiautonomie .....	134
a) Testierfreiheit .....	134
b) Wahl einer sachlich nächststehenden Rechtsordnung .....	135
c) Internationale Entscheidungsharmonie .....	135
d) Bestimmtheit des anzuwendenden Rechts .....	135
e) Praktikable Rechtshandhabung .....	135
2. Argumente gegen die Parteiautonomie .....	135
a) Familienrechtliches Element und besondere Interessenlage im Erbrecht .....	136
b) Mißbrauch der Wahlmöglichkeit durch den Erblasser .....	136
c) Störung internationaler Entscheidungsharmonie .....	136
d) Bestimmtheit des anzuwendenden Rechts .....	137
e) Komplikationen bei Zulassung der Rechtswahl .....	137
3. Stellungnahme .....	137
a) Überwiegen des familienrechtlichen Elements im Erbrecht .....	137
b) Sachlich bessere Anknüpfung .....	137
c) Internationale Entscheidungsharmonie .....	137
d) Keine Bestimmtheit des anzuwendenden Rechts .....	138
e) Keine praktikablere Rechtshandhabung .....	139
f) Bejahung einer beschränkten Rechtswahl, soweit sie durch eine „loi uniforme“ bestimmt wird .....	139
II. Die Rechtswahl als auslösendes Moment eines Statutenwechsels .....	140
1. Willkürliche Bestimmung des anzuwendenden Rechts durch den Erblasser .....	140
2. Vertrauensschutz Dritter .....	140
3. Lösungsmöglichkeiten .....	140
a) Im Rahmen einer allgemeinen Lösung des Statutenwechsels .....	140
b) Speziell für den Bereich der Rechtswahl .....	141
III. Die Auswirkung eines Statutenwechsels auf die Rechtswahlerklärung ..	141
1. Wechsel der die Rechtswahl gestattenden Anknüpfung .....	141
2. Maßgeblichkeit der Verhältnisse zur Zeit der Erklärung der Rechtswahl .....	141

### Vierter Abschnitt

<b>§ 11. Kombination des Statutenwechsels mit intertemporalen Konflikten</b>	<b>143</b>
I. <i>Conflit mobile</i> und Gebietswechsel .....	143
1. Beispielfall .....	143
2. Das Personalstatut der Sudetendeutschen .....	143
a) 1938 .....	143
b) 1945 .....	144



3. Lösungen .....	144
a) Tragweite des Staatsangehörigkeitsprinzips .....	145
b) Staatsangehörigkeit als Gebietszugehörigkeit? .....	145
c) Konsequenzen der unterschiedlichen Auffassungen .....	145
4. Ergebnis .....	146
II. <i>Conflit mobile</i> und rückwirkende Änderung der Staatsangehörigkeit ..	146
1. Beispielfall .....	146
2. Anknüpfungsgrundsatz .....	146
3. Kollisionsrechtliche Tragweite des rückwirkenden Staatsangehörigkeitserwerbs .....	147
III. Wechsel des Personalstatuts und rückwirkende Änderung der anzuwendenden Sachnormen .....	147
1. Beispielfall .....	147
2. Das anzuwendende Recht .....	147
a) Personalstatut .....	147
b) Erbstatut .....	148
c) Gültigkeit der Verfügungen von Todes wegen .....	148
3. Jugoslawisches intertemporales Recht .....	148
a) Beerbung .....	148
b) Gültigkeit der Verfügungen von Todes wegen .....	149
4. Ergebnis .....	149
a) Bei Anwendung des Erbgesetzes von 1945 .....	149
b) Eingeschränkte Beachtung des fremden intertemporalen Rechts beim Statutenwechsel .....	149
aa) Formale Begründung .....	149
bb) Begründung aus der Interessenlage .....	150
IV. Schlußfolgerung .....	150
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	152
<b>Sachverzeichnis</b> .....	160